

Umweltkrisen. Grenzen des Kapitalismus?

Frédéric Gruber

Centre de recherches historiques, EHESS-CNRS.

Antonin Pottier

Centre international de recherche sur l'environnement et le
développement, EHESS.

Bénédicte Zimmermann

EHESS, Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Als der Begriff „Kapitalismus“ in den 1850er bis 1870er Jahren in Europa aufkam, wurde er von sozialistischen Autoren als Kampfbegriff verwendet, um ein Wirtschaftssystem anzuprangern, das auf der Ausbeutung der Arbeiter zugunsten des Kapitals beruhte. Später wurde der Begriff von anderen politischen Gruppen aufgegriffen, die sich in dem ideologischen Konflikt, der im 20. Jahrhundert mit dem Kalten Krieg seinen Höhepunkt erreichte, darum bemühten, ihm eine positive Bedeutung zu verleihen. Seit dem Fall der Mauer und dem Ende dieser ideologischen Konfrontation scheint der Kapitalismus erneut zu einem Begriff geworden zu sein, den im Wesentlichen seine Kritiker bemühen, um seine Missstände und Schwächen zu beschreiben und so für Alternativen zu werben, die als nicht-kapitalistisch definiert werden.

Heute wird *der Kapitalismus* von (fast) niemandem mehr verteidigt, obwohl er in den Sozialwissenschaften ein umfassendes Comeback erlebt hat. Es handelt sich um einen sehr vagen Begriff, der eine große konzeptionelle, geografische und historische Vielfalt umfasst und zu dem zahlreiche Theorien existieren: Die Analysen des Phänomens und seiner Ursprünge sind, angefangen bei Karl Marx über Werner Sombart, Max Weber und Joseph Schumpeter bis Fernand Braudel, nicht nur vielfältig, sondern weichen größtenteils auch stark voneinander ab. Es existieren unzählige Spielarten des Kapitalismus – Handels-, Industrie-, Agrar-, Finanz-, Markt-, neoliberaler, rheinischer, asiatischer Kapitalismus usw. Dies kann man entweder als eine dem Begriff inhärente Dynamik begreifen, die sich durch die Integration von Kritik und die Erschließung von neuem Terrain in einem permanenten Erneuerungsprozess befindet – im Sinne der historischen Entwicklung eines singulären Phänomens. Oder man kann ihn als eine Vielfalt an Konfigurationen verstehen, die auf einer Reihe gemeinsamer Merkmale wie Kapitalakkumulation, Gewinnmaximierung, Produktionswachstum, Konsum usw. fußen.

Die Umweltkrisen, sei es der Klimawandel, das Artensterben oder die verschiedenen Formen der Umweltverschmutzung, werfen im Hinblick auf diesen schwer fassbaren Kapitalismus zahlreiche neue Fragen auf. Können Umweltschäden direkt einem spezifischen Wirtschaftssystem zugeschrieben werden? Die verheerenden Konsequenzen der sozialistischen Wirtschaftssysteme Osteuropas mahnen hier zur Vorsicht. Zwar lassen sich diese Systeme als Formen eines Staatskapitalismus beschreiben, doch sie zeigen *zumindest*, dass zweifelsohne nicht die Profitorientierung allein blind für Umweltzerstörung macht. Es scheint naheliegend, die Schuld beim Wachstum zu suchen, da der direkte Auslöser der Umweltkrisen im beispiellosen Anstieg des materiellen Konsums seit 1945 liegt. Bei dieser *Great Acceleration* handelt es sich um einen exponentiellen Anstieg des Verbrauchs fast aller Rohstoffe, einschließlich landwirtschaftlicher Nutzflächen. Doch mit welchem Wirtschaftssystem ist dieses Wachstum in Verbindung zu

setzen, wenn die Länder der westlichen Welt sich in der Nachkriegszeit in gemischten Wirtschaftssystemen entwickelten und China, das in den letzten zwei Jahrzehnten der Motor des globalen Wirtschaftswachstums war, ein ganz eigenes System aufweist? Und welches Wachstum genau ist verantwortlich? Können Wirtschaftswachstum und steigender materieller Konsum entkoppelt werden, wie es die Befürworter eines „grünen Kapitalismus“, eines „Ökokapitalismus“ oder einer „nachhaltigen Entwicklung“ behaupten? Kann sich der Kapitalismus überhaupt mit einer derart starken Regulierung arrangieren, die für eine solche Entkopplung notwendig wäre? Wie lässt sich systematisches Gewinnstreben mit dem Aufruf zu materieller Genügsamkeit vereinbaren? Wie kann man den Verbrauch bestimmter Rohstoffe, z. B. fossiler Rohstoffe, beenden, ohne den Wachstumsdruck auf andere Rohstoffe zu übertragen, deren exzessiver Konsum dann wiederum schädliche Umweltauswirkungen hat?

Eine andere, entscheidende Frage betrifft den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und den Formen der sozialen Ausbeutung. Historisch spielten Kolonialismus und Sklaverei eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Expansion Europas, die weltweit mit Raubbau und Umweltzerstörung einherging. Die rasante Entwicklung der Länder des Globalen Nordens über die letzten beiden Jahrhunderte hinweg erfolgte größtenteils ohne – und manchmal gegen – die Entwicklung des Globalen Südens. Diese ungleiche räumliche Gliederung des globalen Kapitalismus ist im Wandel begriffen und wirft dadurch enorme ökologische Fragen auf. Während der Globale Norden im Wesentlichen für den Klimawandel verantwortlich ist, strebt der Globale Süden heute mehrheitlich danach, den gleichen oder einen höheren Lebensstandard zu erreichen, auch wenn er für diesen Weg seinerseits auf fossile Rohstoffe zurückgreifen muss. Ist das möglich ohne eine rückläufige Entwicklung der einen, um das Wachstum der anderen zu ermöglichen? Oder müssen die Länder des Globalen Südens ihre Entwicklung ohne Rückgriff auf fossile Rohstoffe vollziehen? Wie kann verhindert werden, dass die Forderungen der ehemaligen Kolonialmächte

nach einer „sauberen“ Entwicklung nicht als Aufforderung missverstanden werden, im Status von Entwicklungsländern zu verharren? Wie kann man die Ambivalenz der westlichen Welt ausblenden, die einen offensichtlich nicht nachhaltigen Lebensstil propagiert und die sich gleichzeitig vor seiner Verbreitung in den Ländern des Globalen Südens fürchtet und in diesem Zusammenhang malthusianische Theorien von einer überbevölkerten Erde wieder aufgreift? Als Folge der durch den globalen Kapitalismus erzeugten Ungleichheiten ist das Verhältnis zwischen den Staaten von einem tiefen Misstrauen geprägt. Wie kann globale Kooperation entstehen, ohne diese heute noch wirkenden Formen der Ausbeutung und ungleichen Dynamiken erneut aufzugreifen?

Es bleibt eine noch viel verstörendere Frage zu beleuchten. Es ist gar nicht gesichert, dass die Umweltkrisen für den Kapitalismus wirklich ein Problem darstellen. Angesichts der Untätigkeit und Apathie wirtschaftlicher und politischer Akteure in Bezug auf diese Fragen gilt es, ihre Erwartungen und Strategien gegenüber ökologischen Fragestellungen zu hinterfragen. Umweltauflagen können zwar neue Industriezweige wie die erneuerbaren Energien schaffen und den Umweltschutz mit mächtigen Wirtschaftsinteressen verknüpfen. Allerdings ist es manchmal gerade die fehlende Regulierung – und damit die Verschärfung der Krisen –, die es erlaubt Profit, Wachstum und Konsum aufrechtzuerhalten. Krisen werden nicht von allen gleich erlebt und bergen für manche enorme Profitmöglichkeiten. Die absehbare Umweltzerstörung lässt neue Märkte für die Sanierung und Anpassung der Natur sowie für die Entwicklung von „Naturersatz“ entstehen. Gleichzeitig kann es sich bei diesem Akkumulationszyklus auch um den Schwanengesang des Kapitalismus handeln, der nach der vollständigen Ausbeutung der Biosphäre, die ihn nährte, mit uns gemeinsam untergehen wird.

Die in dieser Ausgabe versammelten Artikel widmen sich einigen dieser zahlreichen Fragen.

Frédéric Gruber untersucht die Verbindung zwischen Innovation und Ökologie am Beispiel der *Amish*. 2020 verspottete der französische

Präsident Emmanuel Macron Umweltaktivisten, die gegen die Einführung des 5G-Standards protestierten, indem er ihnen unterstellte, den angeblich technikfeindlichen, rückwärtsgewandten *Amish* nachzueifern. Dieses Ereignis offenbart ein Paradox unserer westlichen Gesellschaften. Sie betrachten sich als „modern“, insofern sie die Fähigkeit hätten, das eigene Schicksal zu gestalten, indem sie sich zum Beispiel den Herausforderungen des Klimawandels stellen. Gleichzeitig weigern sie sich, die sozialen Auswirkungen von Technologien zu diskutieren und halten Innovationen für intrinsisch gut, und zwar nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die Zukunft der Gesellschaft im Allgemeinen. Die Besonderheit der *Amish* liegt gerade darin, dass sie sich tiefgreifender mit den gesellschaftlichen Folgen von Technologien auseinandersetzen, die sie, je nach den möglichen Auswirkungen auf ihre Lebensweise, abändern, einschränken oder ablehnen können. Sie erscheinen in diesem Sinn als Vertreter eines alternativen Modells, mit dem sich die ökologischen Herausforderungen der heutigen Welt bewältigen lassen. Allerdings sind die *Amish* weder technikfeindlich noch überzeugte Umweltschützer. Die Auseinandersetzung mit dem „*Amish*-Modell“ ermöglicht es, die Widersprüche zu reflektieren, in denen unsere Gesellschaften gefangen sind.

Cornelia Möser untersucht über einen deutsch-französischen Vergleich die Verbindungen zwischen Ökologie, Feminismus und Kapitalismuskritik. Sie zeigt auf, wie der Ökofeminismus in den 1970er Jahren den Produktivismus und die Ideologie eines dem Kapitalismus und dem Sozialismus gemeinsamen unbegrenzten Wachstums hinterfragt. In Frankreich verknüpft Françoise d'Eaubonne ihre Kapitalismuskritik mit einer umfassenden Kritik des Patriarchats. Ihr zufolge liegt die Wurzel der Umweltkrise in der männlichen Aneignung der Natur und der weiblichen Fruchtbarkeit. Die zuvorderst ethische Kritik zielt auf eine Werterevolution und die Revolution der Geschlechterverhältnisse ab. In Deutschland hingegen dominiert ein materialistischer Ansatz, der in den Schriften von Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof (die sogenannte

Bielefelder Schule) verkörpert wird. Dieser Auffassung nach reproduziert der Kapitalismus durch die Ausbeutung der häuslichen Arbeit, der Kolonien und der Natur eine ihm vorausgegangene patriarchale Herrschaft. Während sich der Ökofeminismus in Deutschland heute vom Ökonomismus der Pionierinnen der Bielefelder Schule und ihrer Gleichstellung von Frau und Natur distanziert, sieht Cornelia Möser eine Kontinuität mit ökofeministischen Ansätzen in Frankreich.

Birgit Müller blickt auf die Erfahrungen junger deutscher Aktivisten, die Ende der 1970er Jahre in West-Berlin selbstverwaltete Produktionskollektive gründeten, um mit der kapitalistischen Profitlogik und der vorprogrammierten Obsoleszenz zu brechen. Diese Pionier.innen und kritischen Erben des Marxismus verstanden die „Qualität der Arbeit“ – die Produktion nachhaltiger, reparierbarer und sozial nützlicher Güter – als politischen Akt. Sie entwickelten Praktiken, die auf die Abschaffung der hierarchischen Arbeitsteilung abzielten und produktives, soziales und ethisches Handeln miteinander in Einklang bringen sollten. Die Autorin zeigt allerdings auch auf, wie die Konfrontation mit den marktwirtschaftlichen Realitäten das egalitäre Ideal und die konkreten Arbeitsbedingungen in ein Spannungsverhältnis versetzte. Vierzig Jahre später nimmt sie die Spur einiger ihrer Interviewpartner.innen von damals auf und legt offen, wie sich ihre Kapitalismuskritik in den Versuch verwandelt hat, das System von innen heraus zu reformieren. Einige von ihnen hat das dazu gebracht, sich als Unternehmer.innen im Bereich der Solar- und Windenergie oder in der Fahrradbranche zu betätigen.

Benjamin Beuerle greift die Debatte um die Verwendung des Begriffs „Kapitalozän“ anstelle von „Anthropozän“ auf und analysiert anhand dreier Fallstudien, wie sich die Umweltpolitik vom Ende der UdSSR bis zum Russland der Ära Putin entwickelt hat. Er beschreibt, dass die Sowjetregierung unter Gorbatschow den menschengemachten, bedrohlichen Charakter des Klimawandels erkannt und Maßnahmen zur Emissionsreduktion und zur Entwicklung regenerativer Energien in

Erwägung gezogen hatte. Auf lokaler Ebene wurden Maßnahmen getroffen, um die durch den Autoverkehr verursachte Umweltverschmutzung zu verringern. Diese Politik wurde in der postsowjetischen Ära teilweise fortgeführt. Erst unter Putin wandelte sich die Position der Regierung hin zu einer Leugnung des Klimawandels und die erneuerbaren Energien wurden zugunsten fossiler Energieträger, die als geopolitisches Instrument genutzt wurden, vernachlässigt. Er schließt daraus, dass der Wandel in der Umweltpolitik weniger dem Wechsel zwischen Wirtschaftssystemen, vom Sozialismus zum Kapitalismus, als vielmehr der persönlichen Orientierung eines führenden Politikers geschuldet ist, dessen Regime auf fossilen Energieträgern fußt.

Antonin Pottier untersucht in einer konzeptionellen Analyse, inwiefern sich der Kapitalismus mit ökologischen Grenzen vereinbaren lässt. Er definiert und klärt die von ihm verwendeten Begriffe und stellt beispielsweise die Begriffe „Limit“ und „Grenze“ gegenüber. Er zeigt auf, dass der Kapitalismus – verstanden als Akkumulierung von Kapital durch private, von Profitaussichten geleitete Akteure – keine inhärenten Mechanismen besitzt, die die Überschreitung ökologischer Grenzen verhindern. Ganz im Gegenteil: Die Dynamik des Gewinnstrebens treibt sie dazu, Möglichkeiten auszuloten, wie sich die Produktionskosten externalisieren lassen, und somit dazu, die Möglichkeiten, ökologische Grenzen zu überschreiten, zu vervielfachen.

Isabelle Desportes beschäftigt sich mit der Entstehung von Naturkatastrophen und zieht als Beispiel die Feuer heran, die im Sommer 2022 die Wälder der Landes in der Gascogne verheerten. Diese Katastrophen werden als „natürlich“ bezeichnet, auch wenn sie das keinesfalls sind: Einerseits erhöhen menschliche Aktivitäten durch die Erderwärmung zunehmend die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Wetterphänomenen, die diese Feuer auslösen. Andererseits ist die Anfälligkeit der Gebiete für diese Risiken das Ergebnis einer langfristigen Dynamik aus Kapitalakkumulation und Bodennutzungsstrategien, im

Fall der Landes beispielsweise die forstwirtschaftliche und touristische Entwicklung. Das Kapital findet allerdings auch in der Katastrophe neue Betätigungsfelder: So folgen Katastrophenprävention und -management einer neoliberalen Logik, aber auch die Katastrophe selbst eröffnet neue Bereiche der kapitalistischen Aneignung.

Anschließend findet sich in dieser Ausgabe ein Interview mit den beiden Soziologen Dominique Méda und Klaus Dörre, die in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche Rolle für die Integration ökologischer Themen in ihre Disziplin und in die öffentliche Debatte in Frankreich und Deutschland gespielt haben. Beide Soziologen sind der Meinung, dass die Klimakrise nicht ohne eine tiefgreifende Transformation des Kapitalismus und einen radikalen Wandel unserer kognitiven, normativen und demokratischen Rahmenbedingungen überwunden werden kann. Dominique Méda bezieht sich auf Max Weber, Jürgen Habermas, André Gorz und Philippe Descola, um für eine Neudefinition von Reichtum und eine „Ethik der Erde“ zu plädieren. Klaus Dörre greift auf Karl Marx zurück, um die Umweltkrise anhand der Machtverhältnisse und der sozialen Konflikte zu analysieren und einen Strukturwandel des Systems zu fordern. Ihr Dialog lädt dazu ein, ethische Erneuerung und sozio-politische Emanzipation zusammenzudenken und so einen Weg aus der ökologischen Zwickmühle des zeitgenössischen Kapitalismus zu finden.

Die Ausgabe schließt mit zwei Übersetzungen:

Zum einen mit der (fast ungekürzten) deutschen Übersetzung eines Artikels von Claudette Lafaye und Laurent Thévenot, der 1993 in der *Revue française de sociologie* erschienen ist. Die Autoren untersuchen darin, wie Bezugnahmen auf die Umwelt in Konflikten um die Gestaltung der Natur eingesetzt werden. Anhand der Analyse der in diesen Konflikten aufeinandertreffenden Argumente untersuchen sie, wie die Verweise auf die Natur dazu beitragen, dass sich der Schwerpunkt von der Verteidigung des Privateigentums (assoziiert mit Persönlichem und Partikularinteressen) hin zu einer Verteidigung globaler Anliegen (assoziiert mit Gemeinwesen und

Allgemeininteresse) verlagert. Auf der Grundlage der Rechtfertigungslehre, die anhand der dort vorherrschenden Formen der Konfliktlösung und Rechtfertigungsordnungen zwischen verschiedenen Gemeinwesen unterscheidet, identifizieren Claudette Lafaye und Laurent Thévenot drei Arten, wie Umweltargumente eingesetzt werden: durch die Integration in bestehende Rechtfertigungsordnungen, durch die Konzeption einer neuen Ordnung in Form eines „grünen Gemeinwesens“, durch den Bruch mit der „Grammatik der Polis“, die andere Lebewesen vernachlässigt, indem sie die Gemeinschaft der Menschen zu ihrem Referenzrahmen macht. Diese letzte Form nehmen die Autoren als Ausgangspunkt, um den Rahmen einer Referenzgemeinschaft abzustecken, die in der Lage wäre, auch zukünftige Generationen und nicht-menschliche Spezies zu integrieren und zu Rechtssubjekten zu machen.

Zum anderen enthält diese Ausgabe die französische Übersetzung eines 1983 in der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* erschienenen Textes von Joachim Radkau, der in Deutschland die sogenannte „Holznotdebatte“ auslöste. In der historischen Forschung zum Wald, in der die Forstschulen eine wichtige Rolle spielten, galt es als gesichert, behördlichen Quellen Glauben zu schenken, die für das 18. Jahrhundert einen Mangel an Holz – eine Krise der Waldbestände – behaupteten. Dieses Argument gewann auch über die Forstgeschichte hinaus an Bedeutung. Es wurde insbesondere von Werner Sombart aufgegriffen, der den Zusammenhang zwischen Energieressourcen und Kapitalismus, speziell der industriellen Entwicklung, untersuchte: Ihm zufolge setzte der Holzmangel der industriellen Expansion eine materielle – „organische“ – Grenze, die (erst) mit dem Übergang zum Kohlezeitalter überwunden worden sei, eine These, die heute als weitgehend überholt gilt. Mitte der 1980er Jahre vertrat Joachim Radkau die These, dass diese scheinbare Krise auf einem Interpretationsfehler beruhte: Die offiziellen Quellen, die den schlechten Zustand der Wälder und die Ressourcenknappheit betonten, hätten vor allem dazu gedient, die Einführung einer neuen Forstbewirtschaftung zu legitimieren. Sowohl dieses Vorgehen als auch die

Kritik einer schlechten Nutzung des Waldes durch lokale Anwohner und die erzwungene Einführung einer Forstwissenschaft zielten auf eine exklusive obrigkeitliche Aneignung der Ressource Wald ab. Die Kontroverse setzte sich in den 1990er Jahren fort, und einige Forstwissenschaftler sind sicher auch heute noch nicht überzeugt. Aus historischer Sicht ermöglichte die Debatte jedoch eine Vielzahl neuer Studien, die Joachim Radkaus Position weiter ausdifferenzierten – denn es gibt tatsächlich eine wichtige strategische Dimension – während zugleich regionalen Krisen größere Sichtbarkeit gegeben wurde.